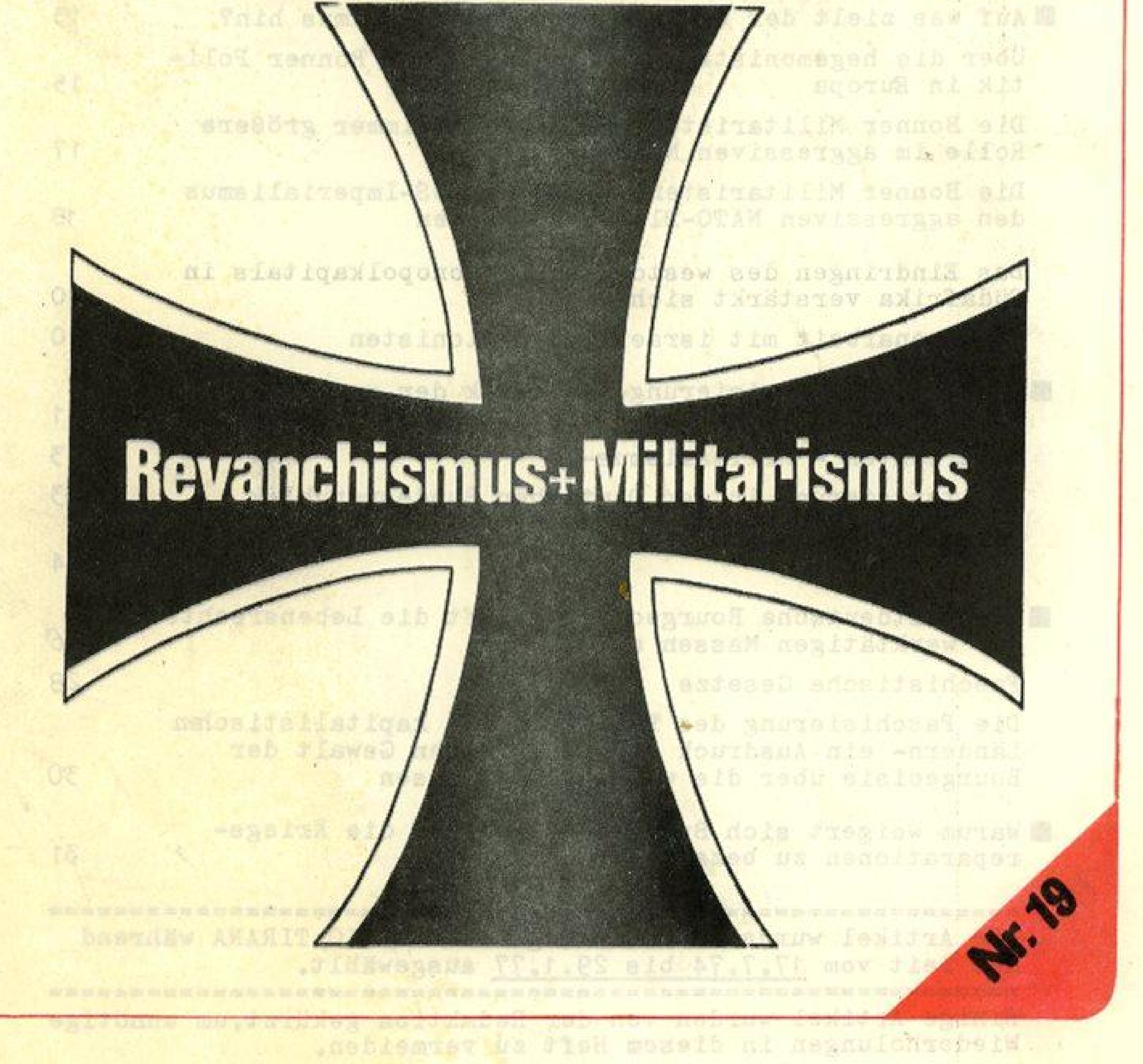
Ausgewählte Sendungen von RADIO TIRANA

HERAUSGEGEBEN VOM MARXISTISCH-LENINISTISCHEN STUDIENKREIS, WIEN

4. JAHRGANG ✶ 1. AUSGABE 1977 ✶ PREIS Ö.S. 5,- (DM 1,00,-)

Tod dem westdeutschen Imperialismus



Inhalt

Seite

Die Artikel wurden aus Sendungen von RADIO TIRANA während der Zeit vom 17.7.74 bis 29.1.77 ausgewählt.

Einige Artikel wurden von der Redaktion gekürzt, um unnötige Wiederholungen in diesem Heft zu vermeiden.

6. Parteitag der PdAA

Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht von Genosse ENVER HOXHA an den 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens

(1. November 1971)

"Die Lage in Europa ist aber nicht so, wie die sowjetischen Revisionisten sie hinstellen wollen, nämlich als ob eine Entspannung eingetreten sei und die Situation sich beruhigt habe, da ja der Vertrag Moskau-Bonn unterzeichnet wurde und die Sowjetunion und die Deutsche Bundesrepublik die Unantastbarkeit der Grenzen der europäischen Staaten garantiert hätten.
Im Gegenteil, der Abschluß des sowjetisch-deutschen Vertrages erzeugte in Europa neue Spannungen, die von den realen Drohungen des Sowjetrevisionismus und des deutschen Revanchismus gegen die Interessen, die Souveränität und die Rechte der europäischen Länder, von der Absicht der Vertragspartner herrühren, ihre Hegemonie und Herrschaft über unserem Kontinent zu errichten. Schon jetzt ist die Deutsche Bundesrepublik ein mächtiger kapitalistischer Staat in Westeuropa, welcher den amerikanischen Einfluß herausfordert und sich bemüht Frankreich und England beiseite zu schieben, ganz zu schweigen von den anderen NATO-Partnern. Anstatt zu einer Lösung beizutragen, schafft der sowjetisch-deutsche Vertrag neue Widersprüche, Rivalitäten und neue imperialistische Verwicklungen mit gefährlichen Folgen für alle Länder Europas.

Durch dieses Abkommen trachtet man, den Friedensvertrag mit Deutschland beiseite zu schieben und die legitimen Rechte der Völker, welche gegen Hitlerdeutschland kämpften und über dieses siegten, mit Füßen zu treten und zu negieren. Aber jene, welche im Kampf gegen dem Nazismus ihr Blut vergossen haben, werden niemals zulassen, daß man den deutschen Militarismus und Revanchismus freie Hand läßt und so Voraussetzungen schafft, um Europa und die Welt in ein neues Blutbad zu stürzen. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland ist ein Recht, das allen Ländern der antifaschistischen Koalition zusteht, und dieses Recht kann man ihnen weder entreißen noch abstreiten."

"In Europa existiert der NATO-Block, der eine aggressive, von den amerikanischen Imperialisten beherrschte Allianz ist, in der die westdeutschen Revanchisten eine Hauptrolle spielen. Sein Zweck war und bleibt der Kampf gegen den Kommunismus, die Unterdrückung der Revolution in Europa und die Sicherung der imperialistischen amerikanischen Interessen."

(Textunterstreichungen wurden von der Red. vorgenommen)

DIE EXPANSIONS- UND HEGEMONIEPOLITIK DER DEUTSCHEN REVANCHISTEN.

29.1.1977

(Aus: "Zeri i Popullit")

Der mit Hilfe des USA-Imperialismus wiederbelebte und von den sowjetischen Sozialimperialisten als politische Großmacht auf der internationalen Arena rehabilitierte deutsche Imperialismus hat keinen Augenblick lang seine alten Ambitionen auf dem Kontinent aufgegeben.

"In der deutschen Bundesrepublik", hat Genosse ENVER HOXHA auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens betont, "sind die deutschen Revanchisten noch am Leben und in voller Aktivität. Ihre Politik ist expansionistisch mit hegemonistischen Tendenzen. Die Regierung in Bonn, die sich als demokratische Regierung ausgibt,nimmt die Verbrechen des deutschen Faschismus in Schutz."

Entsprechend dem expansionistischen,annexionistischen Geist, der in Bonn herrscht,werden in der westdeutschen Presse,genau wie in den Jahren der Nazi-Herrschaft den Hitlerschen Ideen vom "Lebensraum" ähnliche Vorstellungen breitgetreten, um diesen Geist wiederzubeleben. In tendenziöser Absicht werden in verschiedenen Artikeln die von Deutschland nach dem 2.Weltkrieg "verlorenen" Gebiete angeführt. In diesem Zusammenhang wird betont, daß die deutsche Bundesrepublik jetzt über ein kleineres Gebiet als Norwegen verfüge und infolgedessen ein "Land ohne Reserven","ohne Hinterland" geblieben sei und demnächst nur wenig Rohstoffe besitzen werde.

Die Ziele solch revanchistischer Propagandakampagnen sind klar durchschaubar, wenn man berücksichtigt, daß die Regierenden in Bonn, seien es die Christdemokraten oder die Sozialdemokraten niemals die Grenzen Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg rechtmäßig anerkannt haben! Auch in den mit den sowjetischen, polnischen, tschechoslowakischen und anderen Revisionisten abgeschlossenen Verträgen haben sie lediglich die "Respektierung" dieser Grenzen, nicht aber ihre Anerkennung formal zugestanden. Sie haben nicht eingewilligt, das berüchtigte Münchner Abkommen als von Anfang an null und nichtig zu erklären.

Aus der Rivalität der beiden Supermächte,der USA und der Sowjetunion profitierend, die im Interesse ihrer Expansions- und Hegemonieziele auf dem Kontinent versuchen, die deutsche Bundesrepublik jeweils auf ihre Seite zu ziehen, indem sie ihr ein Zugeständnis nach dem anderen machen, geht diese nicht nur in die Geschichte ein, ohne einen Friedensvertrag unterzeichnet zu haben, sondern auch, ohne die Beschlüsse von Jalta und Potsdam einzuhalten und indem sie sie verletzt.

Die deutsche Bundesrepublik hat in den letzten Jahren eine starke Rüstungsindustrie entwickelt. In ihr sind etwa 200 000 Menschen beschäftigt. Die Bundeswehr, die stärkste konventionelle Streitmacht in Westeuropa, ist zu 80 % mit Kriegsmaterial aus westdeutscher Produktion ausgerüstet.

Entgegen allen internationalen Nachkriegsabkommen hat der westdeutsche Imperialismus eine Armee mit einer Ist-Stärke im aktiven Dienst von etwa 500 000 Mann auf die Beine gestellt.

Die Regierenden in Bonn heizen die militaristische Tätigkeit an und schüren gleichzeitig, um den Geist der Revanche im Lande lebendig zu halten, den Geist des chauvinistischen Nationalismus der Hitlerjahre, nehmen die revanchistischen Organisationen in Schutz und finanzieren mit im Staatshaushalt festgelegten Summen diese Organisationen.

In der deutschen Bundesrepublik waren im vergangenen Jahr laut offiziellen Angaben 148 revanchistische, neonazistische und rechtsextremistische Organisationen und Parteien registriert; das sind 24 % mehr als 1974. Bekannte Kriegsverbrecher, die nach dem Krieg von internationalen Gerichtshöfen verurteilt worden waren,haben unter der Obhut des USA - Imperialismus gleich nach der Gründung der deutschen Bundesrepublik Schlüsselstellungen in der Wirtschaft des Landes, in der Bundeswehr, sowie in den höchsten Organen der bürgerlichen Justiz eingenommen.

Um ihre Ambitionen zu verwirklichen, haben die Herrschenden in Bonn in betrügerischer Absicht eine Reihe Erklärungen abgegeben, durch die sie beweisen wollen, daß sie nichts mit der nazistischen Vergangenheit verbinde,daß sie Beschützer und Vertreter einer "reinen Demokratie" sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene seien.

Die sowjetischen Sozialimperialisten haben ihrerseits alles getan, - unterstreicht die Zeitung"Zeri I Popullit"-, um die militaristische und revanchistische Vergangenheit des deutschen Imperialismus, die katastrophalen Folgen, die er mit seinen Ambitionen über Europa heraufbeschworen hat, vergessen zu machen.
In zentralen Organen der sowjetrevisionistischen Presse wie "Prawda" und "Komsomolskaja Prawda" wird seit Jahren, wenn von den sowjetisch-westdeutschen Beziehungen die Rede ist, gesagt, daß "keinerlei Vorurteil" über die Vergangenheit den Ausbau dieser Beziehungen berühren dürfe, daß alles, was der Vergangenheit angehört, vom Horizont verschwinden müsse, die Vergangenheit "ausgelöscht", das Erbe der Vergangenheit "beseitigt" werden müsse, usw. usf.

Die amerikanischen Imperialisten versuchen wie die sowjetischen Sozialimperialisten zu zeigen, daß in Bonn jetzt nicht ein aggressiver, militaristischer Imperialismus herrsche, sondern er sei "vernünftig" und sich bewußt, die hauptsächliche Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu übernehmen.

. Doch die Vergangenheit und die Gegenwart des deutschen
. Imperialismus sind ein und dasselbe. Die Gegenwart ist
. Fortsetzung der Vergangenheit. Sie übernimmt alles
. Finstere von ihr, den Antikommunismus als Grundkapital,
. die brutale Unterdrückung der demokratischen Freiheiten
. und fortschrittlichen Elemente, die expansive Politik
. mit hegemonistischen Tendenzen.

. Nichts vermag heute die Tatsachen zu verschleiern, daß
. der allgemeine politische Kurs, den die deutsche Bun-
. desrepublik seit ihrer Gründung verfolgt, ihre Bemü-
. hungen, erneut eine Großmacht mit weltweiten Ansprüchen
. wie zur Kaiser- oder zur Hitlerzeit zu werden, sich
. nicht geändert haben.

Auch ihre sture Haltung, mit der sie sich weigert, die Reparationen, die sie Albanien schuldet, zu zahlen, ist ein Ausdruck der Feindseligkeit, die die Schmidt und Strauß gegenüber den Ländern und Völkern hegen, die sich nicht mit dem Revanchismus und Faschismus abfinden, die nicht nachlassen, die Gefahr zu entlarven, die die Wiederbelebung des deutschen Militarismus darstellt.
Das Proletariat, die werktätigen Massen glauben nicht den Lügen über die Veränderung des Charakters des deutschen Revanchismus, wie sie in Washington, Moskau und Bonn propagiert werden.

Die Völker können ihre Geschicke und ihre Sicherheit niemals diesen verhaßten Feinden und Henkern anvertrauen, - heißt es abschließend in dem Artikel von "Zeri i Popullit." So wie sie sich keiner Illusion gegenüber der einen oder anderen Supermacht hingeben dürfen, müssen sie unbedingt auch ihre Wachsamkeit gegenüber deren Günstling, dem deutschen Imperialismus verschärfen.
Mit der ständigen Zunahme ihres Bewußtseins schließen sie sich sowohl gegen den US- Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, als auch gegen den revanchistischen deutschen Militarismus zusammen.

DIE EXPANSIONSGELÜSTE DES DEUTSCHEN REVANCHISMUS

4.3.1976

Auf der internationalen Arena fällt, abgesehen von dem immer klareren Auftreten der Aggressions- und Expansionspolitik der beiden Supermächte, ständig stärker auch die Expansionstätigkeit des westdeutschen Imperialismus auf, seine Anstrengungen, im wirtschaftlichen und politischen Leben verschiedener Länder der Welt Schlüsselstellungen zu besetzen.

Nach dem 2. Weltkrieg wuchs mit Hilfe des amerikanischen Kapitals schnell das wirtschaftliche und politische Potential Westdeutschlands. Das war und ist heute von einer Wiederbelebung der alten Träume von dem verlorengegangenen Reich begleitet.

Unter den gegenwärtigen Umständen der vertieften Wirtschaftskrise der kapitalistischen Welt hat der westdeutsche Imperialismus als Hauptmittel, um seine politischen Annexionsgelüste zu verwirklichen, die wirtschaftlich-finanzielle Expansion und fieberhafte militärische Rüstung gefunden.

Das westdeutsche Kapital hat jetzt bereits eine herrschende Stellung in Westeuropa. Es fordert den amerikanischen Einfluß heraus, und versucht die Stärke Frankreichs und Englands in den Schatten zu stellen, ganz abgesehen von den anderen NATO-Partnern.
In Form von Krediten, Investitionen oder Warenströmen dringen die westdeutschen Monopole mit ihren Kapitalien immer mehr auch nach Osteuropa vor.
Von Jahr zu Jahr erhöht sich die Zahl der westdeutschen kapitalistischen Betriebe, die im Ausland tätig sind, und jetzt hat die Ziffer 11200 erreicht. Allein im Jahr 1974 investierten die westdeutschen Kapitalisten in anderen Ländern etwa 4,5 Milliarden Mark oder 60 % mehr als im Jahr vorher. Die Presse des Landes bestätigt, daß die Auslandsinvestitionen des westdeutschen Kapitals 30-40 % über der offiziell angegebenen Ziffer von 37 Milliarden Mark liegen.
Immer umfangreicher dehnt sich das westdeutsche Kapital auch in den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas aus, wo es auf eine heftige Konkurrenz des amerikanischen, sowjetischen und anderen Kapitals trifft. Es ist errechnet worden, daß ein Drittel der westdeutschen Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern investiert sind. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie benutzt verschiedene neokolonialistische Formen, wie die sogenannte "Entwicklungshilfe", Waffenexport, ungleichen Handel usw., um wirtschaftliche und politische Stellungen in den Entwicklungsländern zu erhalten und die billigen Arbeitskräfte dieser Länder auszubeuten. Dieser Kapitalexport zeitigt natürlich seine Auswirkungen.

. Die geschichtliche Erfahrung beweist, daß die wirtschaftliche Expansion stets mit militärischer Aggression, mit der Verlegung aggressiver Truppen, Errichtung von Militärstützpunkten usw. einhergeht, um die wirtschaftlichen und politischen Privilegien aufrechtzuerhalten.

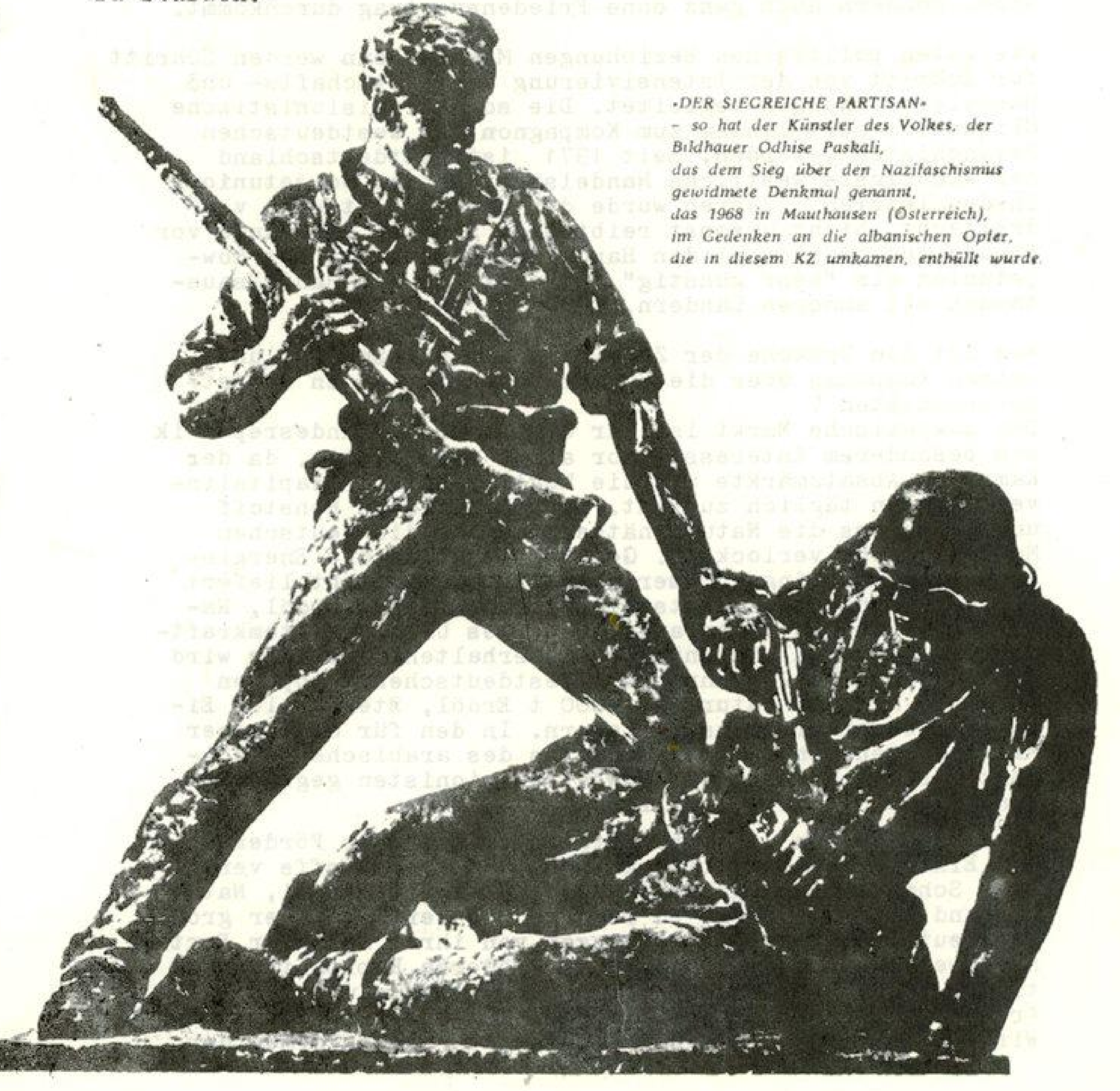
Gegenwärtig werden die Expansions- und Hegemonietendenzen in Bonn immer unverhüllter, sie sind von einem fieberhaften Militarismus begleitet, von allseitigen Bemühungen, um die Revanche-Militärmaschine zu verstärken. Die Deutsche Bundesrepublik nimmt im Westen nach den USA den zweiten Platz in Bezug auf die Höhe der Militärausgaben ein. Der Kriegshaushalt erreichte jetzt offiziell die Summe von 31 Milliarden Mark oder 7,1 % mehr als ein Jahr vorher. Rasch wächst auch die Zahl der Betriebe, die auf Rüstungsproduktion umgestellt werden. Das Krupp'sche Imperium stellt Rüstungsgüter aller Waffengattungen her, von Panzern bis zu Kriegsschiffen und Flugzeugen für die gemeinsamen Streitkräfte im Rahmen der NATO. 50 % der Produktion des Konzerns hängt mit der Bundeswehr zusammen, und die größten Profite holt der Konzern aus der Rüstungsproduktion. Gleichzeitig nimmt die militärische Stärke der Bundeswehr schnell zu, und sie zählt bereits über 600 000 Angehörige. Der westdeutsche Revanchismus ist der europäische Hauptpfeiler des aggressiven NATO-Blocks. Daher werden in dem vor einiger Zeit in Bonn veröffentlichten Verteidigungsweißbuch neben der Beteuerung, den deutschen NATO-Beitrag zu erhöhen, auch die anderen westlichen Mitgliedsländer aufgefordert, alle möglichen Schritte einzuleiten, um diesen aggressiven Block zu stärken.

Bezeichnend ist, daß dieses Wiederaufleben des militaristischen deutschen Imperialismus wieder von neuen Theorien über "lebenswichtige Interessensphären", von einer Faschisierung des Lebens im Innern und der psychologischen Bearbeitung der inneren öffentlichen Meinung über die "historische Rolle" der Deutschen Bundesrepublik begleitet wird. Ehemalige Nazis, die sich um ihre Partei wieder zusammengefunden haben, betreiben ungehemmt eine zügellose faschistische Propaganda und halten Verbindungen mit faschistischen Parteien und Organisationen in anderen Ländern.

Nach Angaben der westlichen Presse gibt es an den westdeutschen Schulen Versuche, die junge Generation im militaristischen Geist zu erziehen, ihr das alte Hitler-Denken der "Überlegenheit der arischen Rasse" einzutrichtern. Und die hohen Bonner Beamten sind es selbst, die diese Politik fördern und anstacheln und heute ungeschminkt von den "besonderen Aufgaben und Verantwortlichkeiten" reden, die der "Deutschen Bundesrepublik neben den USA und der Sowjetunion als einer Weltmacht zufielen", d.h. bei der Verwirklichung ihrer Hegemoniegelüste. "Die Deutsche Bundesrepublik ist natürlich", erklärte Kanzler Schmidt, "eine Weltmacht und ihre Bedeutung unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der der USA."

All das zeigt, daß der Traum, eine Weltmacht zu sein, ein zentrales Ziel des westdeutschen Imperialismus war und bleibt. Das beweist, daß die Gefahr des von den beiden Supermächten, den USA und der Sowjetunion, geförderten und unterstützten deutschen Militarismus gegenwärtig noch ernster geworden ist, daß die deutschen revanchistischen Kreise, die die herrschende Position im politischen Staatsapparat wie in der Wirtschaft einnehmen, aus der Geschichte nichts gelernt haben.

"All die, die im Krieg gegen den Nazismus ihr Blut vergossen haben", hat der Führer des albanischen Volkes, Genosse ENVER HOXHA gesagt, "können niemals akzeptieren, daß dem deutschen Militarismus und Revanchismus freie Hand gelassen wird und ihm die Voraussetzungen geschaffen werden, Europa und die Welt erneut in ein Blutbad zu stürzen."



»DER SIEGREICHE PARTISAN« – so hat der Künstler des Volkes, der Bildhauer Odhise Paskali, das dem Sieg über den Nazifaschismus gewidmete Denkmal genannt, das 1968 in Mauthausen (Österreich), im Gedenken an die albanischen Opfer, die in diesem KZ umkamen, enthüllt wurde

---

WESHALB SIND DIE BONNER REVANCHISTEN ÜBER DIE ENGE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN SOWJETREVISIONISTEN SO ZUFRIEDEN ?

14.3.1975

(Von der Redaktion gekürzt)

Die Packeleien der Revisionistenhäupter des Kreml haben Westdeutschland großen Profit eingebracht. Die sowjetisch-westdeutschen Verträge und Abkommen haben Westdeutschland nicht nur auf den ersten Rang in der Weltpolitik gebracht, sondern auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß das besiegte Deutschland gar nicht als solches betrachtet wird, sondern auch ganz ohne Friedensvertrag durchkommt.

Die guten politischen Beziehungen Moskau-Bonn werden Schritt für Schritt von der Intensivierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen begleitet. Die sowjetrevisionistische Clique ist seit langem zum Kompagnon der westdeutschen Revanchisten geworden. Seit 1971 ist Westdeutschland der wichtigste westliche Handelspartner der Sowjetunion, in den letzten 3 Jahren wurde der Handelsaustausch verdreifacht. Nicht umsonst reibt sich Schmidt die Hände vor Freude und bezeichnet den Handelsaustausch mit der Sowjetunion als "sehr günstig" im Vergleich zum Handelsaustausch mit anderen Ländern.

Was ist die Ursache der Zufriedenheit von Schmidt und seinen Kumpanen über die Zusammenarbeit mit den Sowjetrevisionisten ?
Der sowjetische Markt ist für die Deutsche Bundesrepublik von besonderem Interesse, vor allem gegenwärtig, da der Kampf um Absatzmärkte und die Möglichkeit für Kapitalinvestitionen täglich zunimmt. Der sowjetische Rohstoff und besonders die Naturschätze sind für die deutschen Monopole sehr verlockend. Gerade jetzt, da die Energiekrise ihre Schlingen immer fester zusammenzieht, liefert die Sowjetunion Westdeutschland große Mengen Erdöl, Naturgas, Erze und sogar angereichertes Uran für Atomkraftwerke. Als Gegenleistung für die erhaltenen Kredite wird die Sowjetunion 20 Jahre lang westdeutschen Monopolen über 120 Mrd.cbm Naturgas, 6000 t Erdöl, Steinkohle, Eisenerz, Chemikalien usw. liefern. In den für die Bonner Militaristen schwierigen Momenten des arabischen Erdölboykotts kamen ihnen die Sowjetrevisionisten gegen diesen Boykott sofort zu Hilfe.

Der große Nutzen der Kapitalinvestitionen zur Förderung und Einfuhr der sowjetischen Roh- und Treibstoffe veranlaßt Schmidt, nach größeren Mengen Energie, Erdöl, Naturgas und Elektroenergie zu suchen. Die Vertreter der großen westdeutschen Monopole verlangen von ihren Moskauer Partnern weitere Erleichterungen zu größeren Kapitalinvestitionen in der Sowjetunion. Die Ruhrmonopole und die Frankfurter Bank haben Milliarden DM in der sowjetischen Wirtschaft investiert. Sie suchen nach neuen Formen der

Zusammenarbeit. Besondere Bedeutung schenken sie dabei dem Problem der "Gemeinsamen Gesellschaften", die ihnen große Erleichterungen schaffen, um ihre Fänge auf die Sowjetunion zu legen.

Angesichts der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere der technischen Rückständigkeit in der Zivilproduktion, bemühen sich die Kremlherren, einige Lükken mit Hilfe der Almosen der internationalen Bourgeoisie zu decken. Sie haben bisher von den westdeutschen Banken und Firmen Kredite und Waren im Werte von Milliarden DM erhalten. Sie wollen aber noch mehr. Die neuen Zaren im Kreml brauchen besonders für ihre zügellose Demagogie mit der sogenannten "Europäischen Sicherheit" Unterstützung. Für sie gibt es daher in Europa keinen besseren Verbündeten als die Bonner Revanchisten.

Wie sehr aber sie und die westdeutschen Militaristen an dem Frieden und der Sicherheit in Europa interessiert sind, davon sprechen klar ihr Säbelrasseln und ihre Kriegsvorbereitungen. Die von Brandt begonnene Ostpolitik wird von seinem Nachfolger Schmidt unverändert fortgesetzt.

Diese Politik des Vordringens der westdeutschen Monopole in die revisionistischen Länder Osteuropas ist Bestandteil der Zielsetzungen und alten Träume des deutschen Imperialismus.

Das Sowjetvolk hat in nicht allzuferner Zeit großes Leid durchgemacht. <u>Dieselben Kreise und Monopole, mit deren Vertretern sich die Kremlherren heute umarmen, haben während des zweiten Weltkriegs in der Sowjetunion Tod gesät und es verheert.</u>

Das Sowjetvolk hat die Verbrechen der deutschen faschistischen Bestie nicht vergessen, und es muß hohe Wachsamkeit an den Tag legen und darf der revisionistischen Bourgeoisie nicht erlauben, daß sie in Zusammenarbeit mit den Nachfolgern Hitlers mit seinem Schicksal spielt.

DAS WESTDEUTSCHE KAPITAL DRINGT WIEDER IN UNGARN EIN

17.7.1974

(Von der Redaktion gekürzt)

Das Öffnen der Türe für das westdeutsche Kapital, für das Ausbeuten der Naturvorkommen und der Arbeitskräfte in Ungarn bedeutet, daß die verhaßten Fabrikanten des Todes aus Deutschland wieder die einstigen Stellungen in Ungarn einnehmen.
Siemens und Krupp, die Deutsche Bank und die anderen Magnaten des Vorkriegs-Deutschlands brachten Hitler an die Macht, rüsteten auf und hetzten ihn zum Krieg. Diese Konzerne und andere ihrer Art hatten ihre Klauen auf die Wirtschaft Ungarns noch vor dem zweiten Weltkrieg gestreckt. In der Kriegszeit war die Ausplünderung dann noch brutaler. 95 % des Bauxits und des Aluminiums Ungarns befanden sich 1942 in den Händen der Deutschen. Nach dem Krieg wurden diese Blutsauger aus Ungarn vertrieben. Jetzt aber öffnet die revisionistische Führungsclique Ungarns ihnen wieder die Türe und schafft ihnen die Möglichkeit, das ungarische Volk und seine Reichtümer auszuplündern. Einen solchen Schritt zu unternehmen, bedeutet das "Wohl des Sozialismus und Kommunismus zu heben", so behauptet die ungarische Führungsclique. "Dadurch würden die Stellungen des Sozialismus in Ungarn gefestigt," usw. usf.

Siemens und die anderen Magnaten waren und sind wie Blutsauger, sind die Ausbeuter, die Kriegshetzer, die Finanziers der Kriege, Verbrechen und Ausplünderungen.
Sie haben sich nicht geändert und sie können auch niemals ihre Natur ändern.
Indem sie sie in Ungarn als Miteigentümer, Mitausbeuter der ungarischen Werktätigen zulassen, zeigen die revisionistischen Führer Ungarns abermals ihr wahres Antlitz.

Das werktätige Volk Ungarns wird den revisionistischen Herrschern dieses neue Verbrechen niemals verzeihen, daß sie diese Ausbeuter abermals in ihrem Land dulden.
Ungarn und seine Reichtümer gehören dem ungarischen Volk, die materiellen Güter, die das Volk schafft, müssen seine sein, sie müssen ihm gehören und nicht den Siemens, den Krupps oder anderen westdeutschen und ausländischen Monopolen, die jetzt zusammen mit den sowjetischen Sozialimperialisten und der ungarischen Bourgeoisie die einfachen Werktätigen Ungarns erbarmungslos ausbeuten.

DER BESUCH GIEREKS IN DER DEUTSCHEN BUNDESREPUBLIK VERSTÄRKT DIE ABHÄNGIGKEIT POLENS VOM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

15.6.1976

Schon lange war bekanntgegeben worden, daß der Warschauer Chef Edward Gierek Westdeutschland besuchen werde. Sogar die polnische revisionistische Propaganda verbreitete diesen Besuch, um die öffentliche Meinung vorzubereiten und ihr weiszumachen, er werde den Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern nützen usw. Nach all diesem demagogischen Lärm meldete die polnische Nachrichtenagentur am 8. Juni, daß Gierek mit einem Gefolge von 60 Personen, darunter zahlreichen Ministern, in der Deutschen Bundesrepublik eingetroffen sei. Er wurde mit großem Aufwand von dem westdeutschen Revanchistenchef Schmidt empfangen. Dieser Besuch war ein weiterer Schritt, um die Verbindungen zwischen den polnischen Revisionisten und den westdeutschen Revanchisten zu verstärken.

Die Verbindungen zwischen Warschau und Bonn sind bekannt. Sie wurden bei dem Besuch des ehemaligen Kanzlers Brandt im Dezember 1970 in Polen verankert, der mit dem Renegaten Gomulka den berüchtigten Vertrag über die "Normalisierung der polnisch-westdeutschen Beziehungen" unterzeichnete.

Bekanntlich kam es zu diesem Vertrag aufgrund der zahlreichen Schachereien und großen Zugeständnisse, die die polnischen Revisionisten der anderen Seite auf Kosten der Zukunft des polnischen Volkes und der souveränen Interessen der Deutschen Demokratischen Republik machten. Er war eine einfache Fortsetzung des Bonn-Moskauer Vertrags. Durch die Umstände aber, unter denen er unterzeichnet wurde und den Bedingungen, von denen er begleitet war, erhält er mehr die Merkmale eines Betrugsaktes, mit dem die nazistische Vergangenheit und die historische Verantwortung der herrschenden Klassen in Westdeutschland für die Hitleraggression aufgehoben werden sollte, als um dem polnischen Volk seine legitimen Grenzen gegen eine neue Aggressionsgefahr zu garantieren.

Und dieses schändliche Dokument ratifizierte der Nachfolger Gomulkas, Gierek. Er ging sogar noch weiter und unterzeichnete mit den Bonner Revanchisten eine Reihe Abkommen, die den Verkauf der Interessen des polnischen Volkes verankerten und die Verbindungen mit den Bonner Revanchisten auf allen Gebieten verstärkten. Ein weiterer Schritt in dieser Richtung war auch der gegenwärtige Besuch Giereks in Westdeutschland.

Kennzeichnend ist, daß Bonn den Besuch Brandts in Polen 1970 und den jetzigen Besuch Giereks in der Deutschen Bundesrepublik als "historisch" bezeichnete. Der Pressesprecher der westdeutschen Regierung zur damaligen Zeit

erklärte, Brandt habe gut die historische Bedeutung dieses Treffens verstanden. Auch jetzt wird in der Erklärung der Bonner Kreise die historische Bedeutung des Besuchs von Gierek in Westdeutschland hervorgehoben. Es ist natürlich, daß die Westdeutschen begeistert von dieser Art Besuche sprechen. Bei dem ersten erlangten sie durch den Vertrag der "Normalisierung der Beziehungen", neben den Verträgen mit Moskau, Prag usw. eine privilegierte Stellung, ohne einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, und er eröffnete ihnen den Weg zu neuen Zugeständnissen. Auch aus dem zweiten profitierten wiederum die Westdeutschen, wenn man die Kreditgeberposition der Deutschen Bundesrepublik gegenüber Polen vor Augen hat.

Bei diesen beiden Besuchen auf höchster Ebene wurden auch "Tränen" über die Opfer des Nazismus, über die barbarischen Verheerungen in Polen und anderswo "vergossen". Wie bei dem Besuch Brandts in Polen strengte sich die Presse und Propaganda auch bei dem gegenwärtigen Besuch Giereks in Westdeutschland sehr an, die Bonner Herrscher als "Helden des Widerstands gegen Hitler" darzustellen, ihre "guten Absichten" und ihren "ehrlichen Wunsch" hervorzuheben, die Vergangenheit und die Zukunft mit "Aufrichtigkeit" zu betrachten. Es ist aber Tatsache, daß in Bonn die imperialistischen Monopole herrschen und daß Militarismus und Revanchismus stets gegenwärtig sind.

Der militaristische und revanchistische westdeutsche Imperialismus ist lebendiger, unersättlicher und expansionistischer denn je. Er stellt eine wahre Gefahr für das polnische Volk wie für die übrigen Völker dar. Unter der Maske des "Realismus" und der "guten Wünsche für den Aufbau der Zukunft" verfolgt er seine Ziele, Europa zu beherrschen, was aber aktuell auf Wegen versucht werden muß, die von denen Hitlers verschieden sind wie Verträgen der Normalisierung, Abkommen, Krediten, Investitionen usw. Er nutzt jede Möglichkeit aus, die sich ihm bietet, um in andere Länder einzudringen, um die Völker auszubeuten und zu versklaven. So zeigte er sich bereit, Gierek die geforderten Kredite zu geben, wodurch er Polen in seine Klauen bekommt und es später zwingt, alle von ihm gestellten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu erfüllen.

Bekanntlich zwang Bonn unter Ausnutzung des dringenden Bedarfs der Gierek-Clique an westdeutscher Mark, Warschau für 1 Mrd. Kredit nicht nur 125 000 Personen wie im Abkommen ursprünglich vorgesehen in die Deutsche Bundesrepublik auswandern zu lassen, sondern noch 100 000 weitere. Zudem zwingt das westdeutsche Monopolkapital die Gierek-Clique, die Kredite mit Rohstoff zu tilgen wie Steinkohle, Schwefel, Kupfer usw. Also mit einem Wort: es zwingt sie, die Reichtümer des Landes zu verschachern. Daneben akzeptieren die polnischen Revisionisten unter dem Druck Bonns die deutschen Waren zu Inflationspreisen, was eine weitere Erhöhung der Schulden Polens mit sich bringt. Die neu abgeschlossenen Abkommen, denen zufolge die mächtigen westdeutschen Monopole Gierek weitere 3 Mrd. Mark geben, sind eine neue Schlinge für Polen. Die westdeutschen Magnaten Krupp und Co. verstärken wie nie zuvor wirtschaftlich und politisch ihre

imperialistischen Positionen und versuchen, einen Teil der Krise auf Polen abzuwälzen. Deswegen also bezeichnete Schmidt Gierek gegenüber diesen großen imperialistischen Handel als historisch.

So kann gesagt werden, daß die Giereksche Politik der Zusammenarbeit mit den westdeutschen Revanchisten nicht im geringsten den Interessen der beiden Länder und Völker entspricht, wie es Schmidt oder Gierek vorgeben, sondern den jeweiligen Interessen der Herrschenden in Bonn und Warschau und ihrer imperialistisch-revisionistischen Zusammenarbeit.

Das polnische Volk sieht klar, wohin es die revisionistische Politik geführt hat. Die wirtschaftliche, politische und soziale Lage Polens ist schwer. Mit den neuen Schulden, die Gierek bei Schmidt aufnahm, erreichen die Schulden Polens allein bei den westlichen Monopolen über 8 Mrd. Dollar. Ein Drittel der Schuldensumme, die die Sowjetunion und die revisionistischen Länder aufgenommen haben, entfällt auf Polen. Das ist verhängnisvoll für die Unabhängigkeit und Souveränität einer Nation. Werden denn die neuen Schulden bei Bonn die in Polen entstandenen Schwierigkeiten beseitigen ? Nicht im geringsten ! Der Besuch Giereks und die gesamten Abkommen in seiner Folge werden den Prozeß der Verstrickung Polens in das politische Spiel der beiden Supermächte und des westdeutschen Imperialismus noch mehr vertiefen. Das polnische Volk jedoch wird sich entschlossen dieser gefährlichen Politik der Annäherung an die Bonner Militaristen und aller übrigen Feinde der Revolution widersetzen.

DIE ENGE ZUSAMMENARBEIT DER WESTDEUTSCHEN REVANCHISTEN MIT DEN TSCHECHISCHEN REVISIONISTEN.

5.11.1975

Die westdeutschen Monopolherren und die tschechoslowakische neue Bourgeoisie festigen nicht nur ihre Beziehungen untereinander, sondern verstärken auch in Zusammenarbeit miteinander die wirtschaftliche Expansion in andere Länder des Erdballs. Ein westdeutsch-tschechoslowakisches Konsortium, melden die Nachrichtenagenturen, wird die Arbeit für den Bau einer Zementfabrik in Teheran aufnehmen. Diese Zusammenarbeit zwischen dem vom Maschinenfabrikanten Gebrüder Hischmann geleiteten westdeutschen Betrieben und der tschechoslowakischen Gesellschaft Prago-Invest ist nichts Neues, betont die französische Nachrichtenagentur. Diese Zusammenarbeit beweist, daß sich die tschechoslowakische neue Bourgeoisie bereits durch überhaupt nichts mehr von der westdeutschen Bourgeoisie unterscheidet. Beide sind gleichermaßen skrupellose Ausbeuter des deutschen bzw, tschechoslowakischen Volkes und Plünderer und Ausbeuter der Reichtümer anderer Länder, in denen sie investiert haben.

AUF WAS ZIELT DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS HIN ?

5.8.1976

(Von der Redaktion gekürzt)

Die Chronik der weltpolitischen Ereignisse dieses Jahres hat, neben den immer klareren Umrissen der Aggressions- und Hegemoniepolitik der beiden Supermächte, auch eine immer größere Intensivierung der Diplomatie der Deutschen Bundesrepublik, des westdeutschen Imperialismus, zum Vorschein gebracht als einen Beweis der Expansionsziele dieses Imperialismus in verschiedenen Ländern der Welt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Westdeutschland, indem es durch die Sonderbehandlung, die ihm die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten angedeihen lassen, sowie durch ihre Rivalität einen Nutzen zieht, sich gegenwärtig bemüht, seinen "Verbündeten" Westeuropas seinen Willen aufzuzwingen, sie zu schwächen, ihnen Schwierigkeiten zu bereiten, als vorherrschende Macht der europäischen Neun aufzutreten und offen auf die Rolle des Hegemons auf dem europäischen Kontinent Anspruch zu erheben.
Die neuesten Erklärungen Kanzler Schmidts zu dem Weg, den Italien in seiner Politik einschlagen müsse, sind ein Ausdruck der Arroganz und der Potenz Bonns gegenüber den europäischen Fragen, um seinen Partnern die Politik zu diktieren. Schon jetzt hat das westdeutsche Kapital vorherrschende Positionen in Westeuropa bezogen. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Produkte sichern diesem Kapital einen Vorsprung gegenüber den übrigen europäischen Partnern. Nicht selten tritt Westdeutschland als Vormund der anderen auf. Bonn versucht, die Macht Frankreichs, Englands und der übrigen NATO-Partner in den Schatten zu stellen. Sich auf sein Wirtschaftspotential stützend, verfügt der westdeutsche Imperialismus derzeit über eine starke Militärmaschine, die er weiterhin perfektioniert und zwar äußerst fieberhaft.

Der Rüstungsetat der Deutschen Bundesrepublik nähert sich jetzt den 40 Mrd. Mark und damit nimmt Westdeutschland die zweite Stelle nach den USA ein, was die Militärausgaben der westlichen Länder betrifft. Inzwischen verstärkt sich rasch die Schlagkraft der Bundeswehr, in deren Reihen sich 660 000 Mann befinden von nur 500 000 noch vor einigen Jahren. Der westdeutsche Revanchismus bildet die europäische Wirbelsäule des aggressiven NATO-Blocks. Gerade die Verfolgung einer solchen militaristischen Politik bildet die Grundlage, die die Expansionsgier des westdeutschen Revanchismus anstachelt. Bonn spielt die starke wirtschaftliche und militärische Karte aus, um sich wirtschaftliche und politische Vorteile zu sichern. Es versucht, den Alliierten Westeuropas seinen Willen aufzuzwingen, ihnen verschiedene politische, wirtschaftliche, kommerzielle und technische Schwierigkeiten zu bereiten, ja sogar Schwierigkeiten auch auf dem Gebiet der nationalen Verteidigung und Sicherheit.

Diese Haltung Bonns in den Beziehungen zu seinen europäischen Partnern ist kein zufälliges Phänomen, und sie begrenzt sich nicht nur auf Europa. In der gegenwärtigen Lage der verstärkten Krise des Kapitalismus und der Intensivierung der Expansionspolitik der beiden Supermächte bezwecken die revanchistischen Spitzen Westdeutschlands, ihre politischen und wirtschaftlichen Ambitionen in den verschiedenen Ländern der Welt zu verwirklichen.

Der westdeutsche Kanzler Schmidt erklärte in einem Fernsehinterview am 30.Juli, Westdeutschland sei kein politisch unwichtiger Staat. Sein Urteil wird von den anderen Ländern verlangt, und sein Anteil in der Weltwirtschaft ist größer als es einst war. Nicht ohne Absicht erfolgen auch die häufigen Reisen der westdeutschen Abgesandten in den Nahen Osten, Afrika, Lateinamerika und anderswohin. Sie praktizieren dabei immer offener die neokolonialistische Politik der "Hilfen", der "gegenseitigen Zusammenarbeit" und anderes, im Bemühen, den politischen und wirtschaftlichen Einfluß Westdeutschlands in diesen Zonen zu verstärken.

Es wurde berechnet, daß ein Drittel der westdeutschen Investitionen im Ausland in den Entwicklungsländern vorgenommen worden sind, aus denen die Deutsche Bundesrepublik die Rohstoffe plündert und die billige Arbeitskraft ausbeutet. Allein im vergangenen Jahr hat der Chemiekonzern BASF einen Gewinn von 325 Mio. Mark von seinen Zweigen im Ausland, überwiegend in Lateinamerika, Asien und Australien, zu buchen.

Auch Westdeutschland ist zudem, genau wie die beiden Supermächte, zu einem großen Waffenhändler geworden. Die Deutsche Bundesrepublik verkauft den reaktionären Regims Südafrikas, Brasiliens, Rhodesiens, Israels und anderen große Waffenmengen. Mit Südafrika und Brasilien arbeitet sie stark zusammen auf dem Gebiet der Technologie und der Ausrüstungen für Atomwaffen.

Aufschlußreich ist die Tatsache, daß die Wiederbelebung des westdeutschen militärischen Imperialismus erneut von neuen Theorien über "Lebensraum", vom Waffenklirren und von der Anwendung einer offen revanchistischen Politik begleitet wird.

"Der deutsche Imperialismus", heißt es im Artikel der Zeitung "Zeri i Popullit" vom 23.April dieses Jahres unter dem Titel "Warum weigert sich Bundesdeutschland, die Kriegsreparationen zu bezahlen", "ist kein Gespenst, das der Vergangenheit angehört. Zunächst mit Hilfe der USA und später mit der der revisionistischen Sowjetunion erhielt der preußische Adler nicht nur Federn, sondern auch Flügel."

Eine solche Situation erfordert, daß die freiheitsliebenden Völker immer mehr ihre Wachsamkeit erhöhen, um nicht überrumpelt zu werden und die Aggressionspläne der beiden Supermächte und auch die des westdeutschen Imperialismus zu zerschlagen !

ÜBER DIE HEGEMONISTISCHEN TENDENZEN DER BONNER POLITIK IN EUROPA

21.1.1977

(Von der Redaktion gekürzt)

Dieser Tage stattete der Ministerpräsident Italiens, Andreotti, in Westdeutschland einen offiziellen Besuch ab. Dort traf er mit Kanzler Schmidt und anderen hohen Amtspersonen des Landes zusammen und führte mit ihnen Gespräche.

Der Besuch des italienischen Ministerpräsidenten fand zu einer Zeit statt, da sich Italien in einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise befindet. Unter diesen Umständen hält die italienische Regierung die Hand auf, und ersucht die stärkeren Partner, vor allem den US-Imperialismus und Westdeutschland um neue Kredite und um Hilfe.

Während seines Aufenthaltes in Bonn sicherte Kanzler Schmidt seinem italienischen Kollegen zu, daß Westdeutschland bei dem internationalen Währungsfonds und in der EWG darauf hinwirken werde, daß Italien die neuen Kredite erhält, um die es bei diesen Institutionen ersucht hat und die insgesamt mehr als eine Milliarde Dollar betragen.

Es ist verständlich, daß eine solche Steigerung der Schulden Italiens bei dem ausländischen Kapital, besonders dem amerikanischen und westdeutschen, schwere wirtschaftliche und politische Folgen mit sich bringt, die in erster Linie auf den italienischen werktätigen Massen lasten. Andererseits hängt die "Großzügigkeit" und "Hilfsbereitschaft" Bonns gegenüber den anderen europäischen Partnern mit bestimmten wirtschaftlichen und politischen Zielen zusammen.

Infolge des Gesetzes der ungleichmäßigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der kapitalistischen Länder, das stark auch innerhalb der EWG wirkt, ist Westdeutschland heute die wichtigste wirtschaftliche und politische Kraft in der Europäischen Gemeinschaft. Die Wiederbelebung des deutschen Militarismus und Revanchismus mit der Hilfe und Unterstützung des US-Imperialismus und die Herstellung und Festigung der Verbindungen Bonns mit den sowjetischen Sozialimperialisten schufen die Bedingungen, daß die Deutsche Bundesrepublik zur größten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kraft in Westeuropa werden konnte und der wichtigste und privilegierte Partner der beiden Supermächte ist.

Um seine expansionistischen Pläne in die Tat umzusetzen, zeigt sich der westdeutsche Imperialismus trotz der eigenen Schwierigkeiten bereit, die wirtschaftliche Schwäche der Angehörigen der Neun und ihren dringenden Bedarf an westdeutscher Mark ausnutzend, seinen in der Krise steckenden

Partnern Hilfe anzubieten, um sich wirtschaftliche und politische Privilegien zu verschaffen. So ist Bonn der Hauptgläubiger der EWG geworden.

Länder wie Italien, Britannien usw. klopfen angesichts der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, außer der von dem großen Partner in Übersee erbetenen Hilfe, immer häufiger auch an die Türen Bonns an. Westdeutschland trug zu einem Kredit von einigen Millionen Pfund Sterling für Großbritannien bei und tut jetzt das gleiche für Italien. Bonn besitzt die größten Währungs- und Goldreserven in Europa und finanziert zwei Drittel des Agrarhaushalts der EWG. Allein in der ersten Hälfte des letzten Jahres stiegen die westdeutschen Direktinvestitionen in den anderen Ländern um 23 %, von denen ein bedeutender Teil in Westeuropa konzentriert ist.

Eine immer aktivere Rolle spielt Westdeutschland in den inneren Angelegenheiten der anderen Länder. Vor einigen Tagen stattete Kanzler Schmidt Spanien einen Besuch ab, wobei er versuchte, im Namen der Europäischen Gemeinschaft für die angeblich demokratische Natur des faschistischen Juan Carlos-Regimes Reklame zu machen, die Verbindungen zu verstärken und dem Anschluß Spaniens an den gemeinsamen Markt und die NATO den Weg zu bahnen. Schmidt und andere hohe westdeutsche Amtspersonen haben sich ferner offen in das politische Leben Italiens eingemischt und auf den zukünftigen Kurs Italiens Einfluß genommen, damit es weiter eng mit dem NATO-Block verbunden bleibt. Genau damit hängt in gewissem Ausmaß auch die neue Hilfe zusammen, die die Bonner Vertreter dieser Tage Italien zusagten. Bei den Abschlußgesprächen Schmidt-Andreotti wurde die Treue beider Länder gegenüber dem aggressiven NATO-Block und ihre Entschlossenheit hervorgehoben, sich verstärkt um die Festigung seines Militärpotentials zu bemühen.

Westdeutschland, der Hauptalliierte Washingtons in Europa, fordert von den anderen Partnern der EWG unabhängig von ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach wie vor, daß sie unaufhörlich ihren militärischen Beitrag für die NATO erhöhen. Dadurch spielt es eine Hauptrolle bei der Verstärkung dieses aggressiven Paktes.

Der Verlauf der Ereignisse zeigt also, daß Westdeutschland eher nachdrücklicher versucht, indem es seine Wirtschafts- und Finanzkraft, seine Unterstützung des US-Imperialismus und der der sowjetischen Sozialimperialisten ausnutzt, seinen Willen den Verbündeten Westeuropas aufzuzwingen, zur vorherrschenden Macht unter den europäischen Neun zu werden und offen auf die Vormachtrolle in der Europäischen Gemeinschaft Anspruch zu erheben, den alten Traum des deutschen Faschismus vom Streben nach Weltherrschaft aufleben zu lassen.

DIE BONNER MILITARISTEN SPIELEN EINE IMMER GRÖßERE ROLLE IM AGGRESSIVEN NATO-BLOCK

7.5.1975

Die westdeutschen Militaristen spielen eine immer größere Rolle in der aggressiven Militärallianz der NATO. So hat die Stärke der westdeutschen Truppen und die Zahl der Bonner Generäle in allen Gremien und Organisationen des atlantischen Bündnisses zugenommen. Westdeutschland ist damit zu einem mächtigen Mitglied der NATO geworden und hat in einigen Aspekten selbst die USA übertroffen.

Ein amerikanischer General erklärte: "Ich kann heute ruhig sagen, daß ich zu den deutschen Truppen das gleiche Vertrauen wie zu unseren eigenen habe." Das amerikanische Nachrichtenmagazin "United States News and World Report" beruft sich auf diese Erklärungen und teilt mit, daß Westdeutschland gegenwärtig das größte Truppenkontingent in der NATO hat. Das westdeutsche Heer hat heute eine Stärke von 340 000 Mann, also die Hälfte der Bodentruppen der NATO, die 673 000 Mann stark sind. Außerdem, heißt es in dieser Zeitschrift ferner, bringt Bonn mehr Heeresausrüstungen als jedes andere Mitgliedsland dieses Bündnisses in die NATO ein. Diese Ausrüstungen erreichen einen Wert von etwa 4 Milliarden Dollar bei einem jährlichen Rüstungsetat Westdeutschlands von 14 Milliarden Dollar.

Mit ihrer wachsenden Rolle in der NATO und ihrem gesteigerten Militärpotential reizen die Bonner Militaristen den Appetit des westdeutschen Imperialismus, der nach dem amerikanischen Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus eine Neuaufteilung Europas und der Welt anstrebt.

DIE BONNER MILITARISTEN HELFEN DEM US-IMPERIALISMUS, DEN AGGRESSIVEN NATO-BLOCK ZU STÄRKEN

25.12.1974

(Von der Redaktion gekürzt)

Der amerikanische Imperialismus hat der Deutschen Bundesrepublik einen besonderen Platz in den europäischen Plänen und in seiner Europastrategie zugedacht.
Als Entgelt dafür fordert Washington von Bonn eine ständige Unterstützung für die amerikanische Europapolitik.
Diese Unterstützung zeigt sich auf allen Gebieten, angefangen im militärischen Bereich bis hin zum Energiewesen.
Besonders auf militärischem Gebiet versuchen die westdeutschen Militaristen dem amerikanischen Imperialismus zu Hilfe zu eilen, um den von den USA beherrschten aggressiven NATO-Block ständig zu verstärken.

Die Bonner Regierungskreise begnügen sich nicht mit der Tatsache, daß die Deutsche Bundesrepublik heute zur Hauptschlagkraft der NATO in Europa geworden ist, sondern üben parallel zu den Washingtoner Regenten großen Druck auf die anderen europäischen NATO-Länder aus, damit diese ihre Ausgaben erhöhen. Dies kommt in der gegenwärtigen intensiven Kampagne zum Ausdruck, die Westdeutschland begonnen hat. Diese verlangt von den europäischen Ländern, die Militärausgaben nicht nur nicht zu verringern, sondern im Gegenteil sie noch mehr zu steigern.

In einer Zeit, da eine tiefe Wirtschafts- und Finanzkrise die kapitalistischen Länder heimgesucht hat, rufen die Bonner Militaristen dazu auf, die Militärausgaben weiter zu erhöhen, was die Krise noch mehr vertiefen wird.

Hier handelt es sich nicht um einen mangelnden Spürsinn für die Wirklichkeit und um ein fehlendes Verantwortungsbewußtsein der imperialistischen Regierungsvertreter; hierin zeigt sich vielmehr ihre Natur als reaktionäre Kriegstreiber, als geschworene Feinde der Freiheit und Unabhängigkeit der europäischen Völker.

Es besteht kein Zweifel, daß die Verstärkung des aggressiven Potentials des NATO-Blocks der Politik und den aggressiven Zielen des amerikanischen Imperialismus in Westeuropa dienen wird.

Die NATO war und bleibt das Werkzeug der allseitigen amerikanischen Herrschaft und Aggression im Leben der europäischen Länder.

Wie der niederländische Verteidigungsminister vor einiger Zeit in einem Interview mit einer holländischen Zeitschrift bestätigte, ist die NATO eine militaristische Organisation in amerikanischen Händen.

Wenn die Bonner Militaristen fordern, diesen Block soweit wie möglich zu verstärken, so leisten sie der Politik Washingtons, die westeuropäischen Länder unter Kontrolle zu halten, einen großen Dienst, andererseits stoßen wir hierbei auch auf die eigenen Ziele der westdeutschen Revanchisten.

Hinter den USA nehmen sie in der NATO den 2. Platz ein und den 1. in Europa. Je mehr also die Rolle der NATO im europäischen Leben zunimmt, um so mehr wachsen dort die Rolle und das Gewicht der Monopole vom Rhein. Hier also sind die expansionistischen Ziele der amerikanischen Imperialisten wie auch der westdeutschen Militaristen verflochten und diese Ziele verletzen die Freiheit und Unabhängigkeit aller europäischen Länder, denen das wirkliche Geschehen unwiderlegbare Fakten über die Gefährlichkeit der Teilnahme am aggressiven NATO-Block aufzeigt.

Die hysterische kriegstreibende Kampagne der westdeutschen Militaristen ist ein offensichtlicher Beweis für die reale Drohung, die der westdeutsche Imperialismus parallel zu den beiden Supermächten für die europäischen Völker darstellt.

Unabhängig davon, daß die sozialdemokratische Schmidt-Regierung sich als "sozial und friedliebend" auszugeben versucht, unabhängig davon, daß Washington und insbesondere Moskau Bonn darstellen, als würde es die "Rechte und Grenzen der europäischen Länder respektieren": Die Wahrheit besteht darin, daß die westdeutschen Revanchisten nicht aufgehört haben nach Herrschaft und Hegemonie auf unserem Kontinent zu streben ebenso wie der amerikanische Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus.

Die Aktivierung Bonns in der NATO, die Zunahme der westdeutschen Investitionen in allen Ländern der Welt, die ständige Verstärkung der Kriegsmaschine der Bundeswehr, die ambitiösen Äußerungen, um hinter den beiden Supermächten die herrschende Macht in Europa zu werden, sprechen eine deutliche Sprache.

. Diese Wirklichkeit fordert die europäischen Völker
. zur Wachsamkeit auf, um in der Lage zu sein, die
. gefährlichen Pläne und Ambitionen des amerikanischen
. Imperialismus, des sowjetischen Sozialimperialismus
. und des westdeutschen Militarismus rechtzeitig zer-
. schlagen zu können.

DAS EINDRINGEN DES WESTDEUTSCHEN MONOPOLKAPITALS IN SÜDAFRIKA VERSTÄRKT SICH

4.10.1976

In den letzten Jahren hat das Eindringen des westdeutschen Monopolkapitals in Südafrika rasch zugenommen.
Große Firmen haben in verschiedenen Zweigen investiert und kontrollieren einen großen Teil davon.
Unter diesen Zweigen, in denen sich die Investitionen der westdeutschen Monopole konzentriert haben, ist die fördernde Industrie erwähnenswert, an der die Monopole interessiert sind, um sich Rohstoffe zu billigen Preisen zu verschaffen.
Daneben haben die westdeutschen Monopole stark in der Kriegsindustrie des Rassistenregimes Südafrikas investiert.
So errichtete zum Beispiel die Karl Schmidt GmbH dazu eine Fabrik in Südafrika mit einem Kapital von 1,5 Mio. Rand. Aus verschiedenen Angaben geht hervor, daß es keine Wirtschaftszweige in Südafrika gibt, wo nicht die Präsenz westdeutschen Monopolkapitals zu spüren ist.

ZUSAMMENARBEIT MIT ISRAELISCHEN ZIONISTEN

26.6.1976

Während seines Aufenthaltes in der Deutschen Bundesrepublik führte der israelische Außenminister Allon intensive Gespräche mit dem westdeutschen Außenminister Genscher, mit Kanzler Schmidt und anderen Regierungsvertretern Bundesdeutschlands.
Ergebnis dieser Gespräche war die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Genscher und Allon am 25.Juni über die Investitionen beider Länder.

Diesem Abkommen zufolge begünstigen und schützen die beiden Länder die Investitionen im Land des jeweiligen Partners, den freien Kapitalfluß, und gestehen sich zudem gegenseitig den Status der meistbegünstigten Nation im Handel zu.
Der Bonner Außenminister Genscher lobte dieses Abkommen und betonte, es sei ein weiterer Beitrag zum Ausbau der Beziehungen zwischen beiden Ländern und es werde die wirtschaftliche Entwicklung des jüdischen Staates unterstützen.

Die Unterzeichnung des neuen Abkommens zwischen den westdeutschen Revanchisten und den israelischen Zionisten ist ein weiterer Schritt Bonns bei der Unterstützung der antiarabischen Expansionspolitik Israels.

STÄNDIGE MILITARISIERUNG - AUSDRUCK DER REVANCHISTISCHEN POLITIK DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

12.11.1975

(Von der Redaktion gekürzt)

Wie der westdeutsche Kriegsminister Leber selbst zugibt, sollen die Reformen die Kampfbereitschaft und Schlag- und Angriffskraft der Streitkräfte erhöhen. Nicht zufällig haben die westdeutschen Revanchisten unter der Maske der NATO in vielen anderen westeuropäischen Ländern verschiedene Kriegsmanöver abgehalten, um als Vorbereitung auf die bevorstehenden Abenteuerpläne, die die westdeutschen Imperialisten durchzuführen gedenken, konkret das Terrain kennenzulernen.

Parallel zur gewaltigen Erhöhung der Rüstungsausgaben hat die westdeutsche Monopolbourgeoisie im Einklang mit ihrem militaristischen Kurs eine große Rüstungsindustrie auf die Beine gestellt und die Wirtschaft auf die Gleise des Krieges gebracht. Durch die Produktion von verschiedenen Waffen und Rüstungsgütern aller Art soll nicht nur die Bundeswehr für jede Situation bewaffnet und ausgerüstet werden, sondern gleichzeitig sollen die verschiedenen Militärregimes in der Welt beliefert werden.

Genau wie der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus und andere imperialistische Mächte ist auch der westdeutsche Imperialismus zu einem großen Waffenhändler geworden, der damit seinen Einfluß ausdehnen will.

Die sowjetischen Sozialimperialisten haben durch ihre Politik der Zugeständnisse und Annäherung an Bonn die revanchistischen Ambitionen Bonns vergrößert und verstärkt.

Die Welt war in den letzten Jahren Augenzeuge der großen politischen und ökonomischen Unterstützung, die die sowjetischen Sozialimperialisten dem westdeutschen Imperialismus gewährt haben. Angefangen vom Verzicht auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland bis hin zur Unterzeichnung des Viermächteabkommens über Westberlin und viele andere Verträge haben sie der Deutschen Bundesrepublik geholfen, sich als imperialistische Macht nach den USA und der Sowjetunion herauszumachen. Doch damit nicht genug ! Moskau leistet nach wie vor eine große Hilfe, indem es Erdöl, Erdgas, Buntmetalle bis hin zu Material für die Atomindustrie liefert, was zur Verstärkung der militärischen Macht der westdeutschen Revanchisten geführt hat. So wird die Sowjetunion aufgrund des Rohr-Erdgas-Abkommens jährlich 10 Milliarden m^3 Erdgas in die Deutsche Bundesrepublik liefern. Sie verpflichtete sich, die Deutsche Bundesrepublik regelmäßig mit dem Stahl der Werke, die in Kursk gebaut werden, und mit großen Mengen Erdöl zu versorgen. Die Deutsche Bundesrepublik deckt aus der Sowjetunion ihren Importbedarf an Magnesiumerz und Asbest

zu 40 %, an Holz zu 20 %. Der Konzern Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke in Essen hat mit der sowjetischen Seite ein Abkommen abgeschlossen, um von ihr angereichertes Uran für die westdeutschen Atomkraftwerke zu beziehen. Beide Seiten diskutierten über den gemeinsamen Bau mehrerer derartiger Kraftwerke und über die Belieferung der Deutschen Bundesrepublik mit der dort produzierten Energie.

Die wichtigsten Partner der Sowjetunion sind die gleichen westdeutschen Firmen, die Waffen und andere Kriegsausrüstungen für die Bundeswehr finanzieren und produzieren wie Siemens, Krupp, Daimler-Benz, Deutsche Bank, Bayer, Henkel, Mannesmann und andere.

Zweifellos hat das zügellose Wettrüsten nach außen und nach innen die Wirtschaft auf den Weg der vollständigen Militarisierung getrieben. Wie die Presse der Deutschen Bundesrepublik zugibt, hatte die Bundeswehr allein 1974 9000 Aufträge im Wert von etwa 5 Milliarden Mark gemacht. Wie groß die Kapazitäten der Rüstungsindustrie in der Deutschen Bundesrepublik sind, schreibt der "Spiegel", ist schwierig zu beurteilen. Wie der Staatssekretär für Verteidigung, Hermann Schmidt, bestätigt, arbeiten allein in 20 wichtigen Firmen 200 000 Personen für die Bedürfnisse der Bundeswehr. Auf diese Weise schlagen die Kriegsmonopole aus diesem Geschäft mit dem Tod hohe Profite heraus.

Diese zunehmende Militarisierung ist ein Ausdruck der Aggressions- und Revanchepolitik, die die westdeutschen Militaristen verfolgen. Sie ist auch die Folge der verbrecherischen Politik des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, die die Revanchebestrebungen Bonns für ihre eigenen Supermachtziele ermuntern.



====================
Der faschistische und militaristische Geist beherrscht die Bundeswehr
====================

NACHRICHTEN 24.7.1975

(Von der Redaktion gekürzt)

In Westdeutschland werden 70 % der Aufträge von den großen Konzernen Krupp, Siemens, Voss und Mannesmann übernommen. Die englische Zeitung "Times" schrieb unlängst, daß sich die Waffenproduktion in Westdeutschland von einem Jahrzehnt zum anderen verdoppelt hat und daß die Bundeswehr in Westdeutschland durch drei neue Brigaden aufgestockt wurde, so daß die Zahl der NATO-Brigaden 36 erreicht.

MILITARISIERUNG IN DER DEUTSCHEN BUNDESREPUBLIK

Oktober 1974

(Von der Redaktion gekürzt)

Mit der Unterstützung der Wirtschaftskreise des Landes sowie in Zusammenarbeit mit den Bundeswehrgenerälen schuf die Bonner Regierung einen großen militärischen industriellen Komplex, durch den das ganze Leben des Landes bestimmt wird. An der militärischen Produktion Westdeutschlands sind fast alle größeren Industriegesellschaften des Landes beteiligt. Ein Kennzeichen dieses Komplexes ist die organische Vereinigung der Interessen der Konzerne der Rüstungsindustrie mit denen der Militärhierarchie und den Regierungsinstitutionen.
Im "Handelsblatt" wird die Tatsache, daß die Bundeswehrgeneräle im Dienst der Rüstungsindustrie eingesetzt werden, als "normal" bezeichnet. Nach Angaben der westdeutschen Presse gehen etwa 13 % der Bundeswehrgeneräle, nachdem sie pensioniert werden, in den Dienst der Rüstungsindustrie. Die Leiter dieser Industrie, so der westdeutsche "Stern", lassen sich von der Devise leiten: "Mit einem General kann man alles erreichen."
Diese Zusammenarbeit und diese engen Verbindungen sind es, die die ganze Innen- und Außenpolitik der Bonner Regierung, den militaristischen und revanchistischen Kurs bestimmen, den die westdeutschen Regierungsleute eingeschlagen haben.

GEFÄHRLICHE SPIELE DER BONNER REVANCHISTEN MIT DEN KERNWAFFEN

9.10.1975

(Von der Redaktion gekürzt)

Außer dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus ist in den Ländern, wo militaristische und faschistische Regimes am Ruder sind, auch der westdeutsche Imperialismus ein gefährlicher Verbreiter von Kernwaffen. Obwohl die Deutsche Bundesrepublik offiziell nicht über Atomwaffen verfügt, ist es wahr, daß sie mit Hilfe des US-Imperialismus nicht nur die technologischen Fähigkeiten erhalten hat, sie zu produzieren, sondern auch zum Exporteur von Atomwaffen geworden ist.

Offiziell hat die nukleare Zusammenarbeit der Bonner Revanchisten mit verschiedenen faschistischen Cliquen und reaktionären Militärregimes in dem einen oder anderen Gebiet der Welt angeblich "friedliche Ziele". Der Verkauf von Atomreaktoren, der Export von Nukleartechnologie, das eine oder andere Land auf atomaren Gebiet zu befähigen, erfolgen angeblich zu "friedlichen und zivilen Zwecken".

Doch alles ist natürlich nur eine Maske, um die Wahrheit zu vertuschen, daß die atomare Zusammenarbeit der Bonner Revanchisten mit den verschiedenen Cliquen in erster Linie militärischen Charakter hat.

Das bestätigen eindeutig die Geheimabkommen, die zwischen der westdeutschen Regierung und verschiedenen Regimes abgeschlossen werden, um die nukleare Kriegskapazität des einen oder anderen Landes zu erhöhen. Ein Beweis dafür ist auch der Skandal, der dieser Tage in der Deutschen Bundesrepublik entstand und ans Licht brachte, daß die westdeutschen Revanchisten Geheimabkommen mit dem Rassistenregime Südafrikas abgeschlossen haben, um Kernwaffen für die Armee dieses Regimes zu entwickeln. Die ultrageheimen Dokumente um diese Abkommen auf Regierungsebene enthüllen, - wie die westdeutsche Zeitschrift "Der Spiegel" am 5. Oktober mitteilt -, daß diese seit 1968 begonnene Zusammenarbeit zum Ziel hat, Atomenergie auf militärischem Gebiet einzusetzen.

Derartige Abkommen, also eine enge nukleare Zusammenarbeit, existieren auch zwischen der Deutschen Bundesrepublik und Brasilien. Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß die Bonner Regierung Atomreaktoren an Brasilien verkaufen und eine besonders große Hilfe für die Verwendung von Atomenergie zu militärischen Zwecken durch das brasilianische Regime leisten werde.

Natürlich handelt es sich hier um nichts verwunderliches.

In Afrika und Lateinamerika, im Nahen und Fernen Osten verstärkt das westdeutsche Kapital immer mehr seine Position

und die westdeutschen Investitionen nehmen immer mehr zu. Die Bonner Emissäre tauchen immer häufiger in der einen oder anderen Hauptstadt der Welt auf und sind auf der Suche nach Wegen für deren politische, ökonomische und militärische Durchdringung durch die Deutsche Bundesrepublik.

Bei dieser hegemonistischen Offensive legen die westdeutschen Revanchisten besonderen Wert auf die Militärhilfe und militärische Beziehungen. Hinter den amerikanischen Imperialisten und den sowjetischen Sozialimperialisten stehen die westdeutschen Revanchisten mit auf den ersten Plätzen der Weltliste bei Waffenexporten. Die Deutsche Bundesrepublik beliefert regelmäßig die faschistischen und blutrünstigen Regimes und ist bemüht, durch die Waffenlieferungen das eine oder andere Land unter ihren Einfluß zu bringen.
In diesem Zusammenhang widmen die Bonner Revanchisten, die mit anderen imperialistischen Mächten um Märkte rivalisieren, der Atomaufrüstung der Cliquen, mit denen sie enge Beziehungen unterhalten, eine besondere Aufmerksamkeit. So haben sie eine nukleare militärische Zusammenarbeit mit Israel, Brasilien, Südafrika usw.

Mit der Aufrüstung der verschiedenen faschistischen Cliquen in jeder Waffengattung verfolgen die westdeutschen Militaristen das Ziel, außer der Ausdehnung ihres Einflusses auch diese Regimes und die reaktionäre kapitalistische Unterdrücker- und Ausbeuterordnung auf den Beinen zu halten. Es handelt sich dabei um die verstärkte Atomerpressung der imperialistischen Mächte, der USA, der UdSSR, der Deutschen Bundesrepublik usw. und ihren Vasallencliquen gegenüber den Völkern und Ländern. Nicht zufällig ist auch die Auswahl der Länder, mit denen Bonn die nukleare militärische Zusammenarbeit verstärkt. Mit der gleichen Praxis wie der des amerikanischen Imperialismus hilft es gerade den Ländern, die einen Brückenkopf des Imperialismus in diesem oder jenem Gebiet darstellen. So ist das Rassistenregime Vorsters die Ausgeburt des amerikanischen Imperialismus und der übrigen imperialistischen Mächte, um den Kampf der afrikanischen Völker für die Freiheit und die Unabhängigkeit zu verhindern und die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung dieser Länder beizubehalten.

Da die westdeutschen Imperialisten das Vorster-Regime aufrüsten und ihm auch die Möglichkeit zur Atomaufrüstung in die Hand geben, zeigen sie erneut ihre wütende Feindseligkeit gegenüber der Sache der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker. An Hand dieser Tatsachen, die von der nuklearen Zusammenarbeit der Bonner revanchistischen Regierung mit faschistischen Diktaturen zeugen, sieht man erneut, wer diese blutrünstigen Regimes unterstützt und auf den Beinen hält. Die amerikanischen, englischen, westdeutschen und andere Imperialisten schwätzen in der UNO und anderswo viel, daß sie angeblich die Apartheid in Südafrika verurteilen. Doch solche Lügen können niemanden betrügen.

Der amerikanische Imperialismus und die übrigen NATO-Mächte sind es, die den gefährlichen Kurs der Aufrüstung der Rassistenregimes befolgen, um sie als Speerspitze gegen die für ihre Freiheit und ökonomische und politische Unabhängigkeit kämpfenden Völker zu haben.

. Die nukleare Zusammenarbeit der Bonner Revanchisten mit
. dem Rassistenregime Südafrikas, mit den Regimes Brasili-
. ens oder Israels sind ein Beweis für die sehr gefähr-
. liche Aggressionspolitik der westdeutschen imperialisti-
. schen Bourgeoisie. Das ist ein gefährliches Atomspiel,
. das nicht nur für die Völker der Gebiete, wo diese
. volksfeindlichen Regimes herrschen, sondern auch für
. die europäischen Völker Folgen hat.

Die europäischen Völker sehen, wie verlogen die Propaganda des US-Imperialismus, des sowjetischen Sozialimperialismus und der übrigen imperialistischen Mächte über Frieden und Entspannung, über die Beschränkung der Atomwaffen und die Abrüstung ist.

Die imperialistischen Mächte, vor allem die USA und die Sowjetunion, rüsten jeden Tag mehr auf. Gleichzeitig bewaffnen sie auch die verschiedenen volksfeindlichen Cliquen, um sie als Gendarmen und Kanonenfutter für das große Blutbad zu haben, das sie im Weltmaßstab gegen die Völker vom Zaun brechen wollen. Daß verschiedenen faschistischen Cliquen in der Welt die Möglichkeit gegeben wird, sich mit Kernwaffen auszurüsten, ist ein klarer Beweis dafür.

Daher überzeugen sich die Völker Europas und der Welt aufgrund der tatsächlichen Ereignisse, daß es notwendig ist, die Aggressions- und Hegemoniepolitik des amerikanischen Imperialismus, des sowjetischen Sozialimperialismus, der westdeutschen Militaristen und aller übrigen Imperialisten, die ununterbrochen gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker komplottieren, entschieden zu bekämpfen.

DIE WESTDEUTSCHE BOURGEOISIE GREIFT DIE LEBENSRECHTE DER WERKTÄTIGEN MASSEN AN

(Aus: "Zeri i Popullit") 24.4.1976

Die Vertiefung der allgemeinen Wirtschaftskrise des kapitalistischen Weltsystems, heißt es in der Zeitung, hat auch die westdeutsche Wirtschaft schwer erschüttert. Offiziellen Angaben zufolge sank das Sozialprodukt Westdeutschlands in der ersten Hälfte des Jahres 1975 um 5 % und bis Oktober desselben Jahres erreichte die Zahl 8,5 %. Neben dem Produktionsrückgang erhöhte sich auch die Zahl der Bankrotte von Industriebetrieben. Allein in den ersten zehn Monaten des Vorjahres machten 7600 Betriebe bankrott, was einer 22prozentigen Steigerung gegenüber derselben Periode des Jahres 1974 entspricht. Auch der Bankrott der Banken nimmt beträchtlich zu. Der westdeutschen Presse selbst zufolge machten in den letzten Jahren 46 Banken bankrott. Zahlreiche weitere kapitalistische Betriebe stehen am Rande des Bankrotts oder haben ihre Produktion verringert und

arbeiten mit einer sehr niedrigen Kapazität. Die Zahl dieser Betriebe erreicht in diesem Jahr 10 460.

Infolge der allgemeinen Krise, in der Westdeutschland steckt, erhöht sich auch die Inflationsrate zusehends. Das statistische Bundesamt gibt bekannt, daß die jährliche Inflationsrate derzeit 5,5 % beträgt.

Den Folgen der Krise versucht die westdeutsche Bourgeoisie zu entgehen, indem sie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensrechte der breiten werktätigen Massen und vor allem der Arbeiterklasse stark angreift. Die Lebenshaltungskosten waren in der Deutschen Bundesrepublik im Januar 1975 gegenüber Januar 1970 um 38,2 % höher. Die Lebensmittelpreise erhöhten sich in derselben Vergleichsperiode um 36,5 % und die Preise für Bekleidung um 29,7 %. Die Preise für Brennstoffe und Elektroenergie stiegen um 49,8 % und die Wohnungsmieten um 25,1 %.

Der Lebensstandard der werktätigen Massen wird auch durch die Rüstungsausgaben beeinträchtigt, um das Militärpotential der Bundeswehr fortwährend zu verstärken. Diese Rüstungsausgaben haben die gewaltige Summe von über 31 Milliarden Mark erreicht. Die Arbeitslosenzahl liegt bei weit über 1 Mio. und hat damit den höchsten Stand in den letzten zwei Jahrzehnten erreicht.

In dieser Situation vertieft die westdeutsche Monopolbourgeoisie, um ihre wirtschaftliche und politische Macht ungeschmälert zu erhalten, den Kurs der vollständigen Faschisierung des Lebens des Landes noch mehr. Gleichzeitig zeigen sich auch die ultrarechten Organisationen der Neonazis und der Revanchisten äußerst rührig. Sie organisieren auf den Straßen der bundesdeutschen Städte offene Kundgebungen, wie sie es in Bremen taten. Die Neonazis verüben ganz offen Terrorakte. In der Deutschen Bundesrepublik wird die Aktivität und der Terror dieser Organisationen von der Polizei und dem Verwaltungsapparat selbst unterstützt.

Neben dem Polizeiterror und der ökonomischen Gewalt gegenüber den werktätigen Massen, heißt es ferner in "Zeri i Popullit", geht die Monopolbourgeoisie immer offener dazu über, den kapitalistischen Staatsapparat laufend zu faschisieren, um so besser ihre Unterdrückerfunktion gegenüber den werktätigen Massen und vor allem der Arbeiterklasse ausüben zu können. Zahllose Gesetze und Verordnungen wurden in den letzten Jahren zu diesem Zweck verabschiedet und angewandt. Zu ihnen gehört auch der berüchtigte Radikalenerlaß aus dem Jahre 1972, den der Bundestag unlängst zum Gesetz machte. Mit dem Radikalenerlaß verbietet die westdeutsche Bourgeoisie allen als fortschrittlich bekannten Leuten den Eintritt in den Staatsdienst. Die westdeutsche Bourgeoisie ist auch mit dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz zu einem Generalangriff auf die werktätigen Massen übergegangen. Gemäß diesem Gesetz wird jede Organisation oder Person, die zur Organisierung eines Streiks aufruft, bestraft.

Angesichts dieser Lage und der faschistischen Gefahr verstärken die werktätigen Massen Westdeutschlands ihren Klassenkampf. Seit Anfang Februar traten Arbeiter verschiedener Industriezweige des Landes in Kurzstreiks, besonders in Baden-Württemberg, wo über 140 000 Arbeiter

beteiligt waren. Streiks und Demonstrationen führten auch die Arbeiter von Nordrhein-Westfalen durch, über 15 000 Arbeiter der Kruppwerke in Duisburg- Rheinhausen, der Hoeschbetriebe in Dortmund und anderswo. Neben den Streiks mit wirtschaftlichem Charakter, wo es um sichere Arbeitsplätze, gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit, um bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne usw. ging, kam es auch zu Demonstrationen mit politischem, antifaschistischem Charakter. In Hamburg, Dortmund, Stuttgart, Hannover und anderswo wurden eindrucksvolle Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt unter den Losungen "Nieder mit dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz!" "Tod dem Faschismus!" "Nieder mit der nazistischen Pest!".

Bei diesen Veranstaltungen wurden ebenfalls die Pläne der Bourgeoisie gebrandmarkt, die offene faschistische Diktatur im Lande wieder zu errichten. Auf den Straßen Bremens kam es zwischen den Antifaschisten und nazistischen Provokateuren und der Polizei, die die letzteren in Schutz nahm, zu Zusammenstößen. Diese Demonstrationen, heißt es abschließend in dem Artikel von "Zeri i Popullit", zeigen, daß sich auch der antifaschistische Kampf der deutschen werktätigen Massen verstärkt.

FASCHISTISCHE GESETZE (Aus: "Bashkimi")

26.5.1976

(Von der Redaktion gekürzt)

Die Verstärkung des Polizeiapparates, die Überprüfung und Eintragung eines jeden in den Karteien der Polizei in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern, heißt es in der Zeitung, wird durch die Verabschiedung von immer unterdrückerischeren Gesetzen begleitet.

Noch typischer ist die Faschisierung der Gesetzgebung in Westdeutschland, wo im Jahr 1974 ein Gesetz verabschiedet wurde, das das Recht des Angeklagten auf Verteidigung schwer verletzt. Am 16. Januar dieses Jahres ging der Bundestag noch weiter. Alle Abgeordneten, darunter auch diejenigen, die sich als "Linke" bezeichnen, billigten einmütig das offen reaktionäre 14. Strafrechtsänderungsgesetz. Aufgrund dieses Gesetzes kann in Westdeutschland faktisch die Veröffentlichung einer jeden kommunistischen oder revolutionären Zeitung, jeder kommunistischen Meinungsäußerung verboten werden. Nach diesem Gesetz ist es ohne weiteres möglich, jeden, der die Werktätigen zu solch gerechten Kämpfen aufruft, wie es zum Beispiel der Streik der westdeutschen Arbeiter bei Ford war, wie es die Streiks und Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen sind, bis zu drei Jahren ins Gefängnis zu stecken. Das, was im Bundestag Westdeutschlands mit der einmütigen Billigung

dieses faschistischen Gesetzes geschah, ist kennzeichnend für sämtliche bürgerlichen Parlamente.

. Immer, wenn die revolutionäre Bewegung im Anstieg be-
. griffen ist und Ausmaße annimmt, die die Interessen, den
. Reichtum und selbst die Ordnung der Bourgeoisie be-
. drohen, lassen neben der Bourgeoisie auch ihre revi-
. sionistischen und sozialdemokratischen Lakaien ihre
. Masken fallen und beeilen sich, die faschistischen Ge-
. setze zu verabschieden. In diesen für die Bourgeoisie
. kritischen Augenblicken vereinigt sich der ganze kon-
. terrevolutionäre und streikbrecherische Abschaum, um
. dem Sturm der Arbeiterrevolte zu begegnen.

In Bundesdeutschland stimmte kein einziger Abgeordneter gegen das faschistische Gesetz, und auch die bürgerliche und revisionistische Presse hüllte sich in Schweigen. In einzelnen Artikeln bemühten sich die Apologeten der Bourgeoisie, den Eindruck zu erwecken, dieses Gesetz richte sich nur gegen einige wenige Störenfriede und nicht gegen das Volk und die Arbeiterklasse. Das Leben beweist jedoch, daß ein faschistisches Gesetz auf das andere folgt. Seit der Verabschiedung der faschistischen Notstandsgesetze haben die sozialdemokratischen Regierungsleute Westdeutschlands weitere reaktionäre Gesetze verabschiedet, wie das Bundesgrenzschutzgesetz. Sie führten die reaktionäre Reform der Strafprozeßordnung durch mit der Einschränkung der Rechte der Angeklagten und Anwälte und verabschiedeten das Gesetz über die Vorbeugehaft, das der Polizei freie Hand läßt, jeden wegen des geringsten Verdachts zu verhaften. In diese Reihe gehört auch das 14. Strafrechtsänderungsgesetz.

Überall in den bürgerlichen Ländern, heißt es ferner in der Zeitung, ist die Verfolgung aller Personen, die verdächtigt werden, gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu arbeiten, verschärft worden. Die Verfolgung geht soweit, daß in Westdeutschland ein Erlaß gebilligt wurde, der allen sogenannten "Verfassungsfeinden" untersagt, in den öffentlichen Dienst zu treten. Dieser Erlaß läßt den Unternehmern und Behörden freie Hand, jeden zu verfolgen, der wegen seiner fortschrittlichen Ansichten verdächtig erscheint. Tatsache ist, daß in Westdeutschland, wie sich unlängst eine Zeitung ausdrückte, derzeit eine wahre Hexenjagd stattfindet, wie in den finsteren Zeiten des Faschismus. In Darmstadt zum Beispiel gaben die Leiter einer großen Vermietergesellschaft den Befehl aus, ohne Angaben die Verträge mit Mietern zu annullieren, wenn es Anzeichen gibt, daß die Mieter mit Handlungen oder Schriften die Grundgesetze der Deutschen Bundesrepublik verletzen.

Das Mäntelchen der Demokratie hängt sich die Bourgeoisie solange um, solange ihre Klasseninteressen, ihre Positionen nicht angetastet werden. Wenn sie aber sieht, daß sie in Gefahr sind, wirft sie jede Maske ab und errichtet den Faschismus. Die schönen Phrasen in den bürgerlichen Verfassungen über die sogenannte "Freiheit und Gleichheit", heißt es abschließend in der Zeitung "Bashkimi", bleiben nur auf dem Papier. Im Leben wird die brutalste Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse, über alle werktätigen Massen ausgeübt. Die unzähligen Tatsachen der wei-

teren Faschisierung des Lebens in den bürgerlichen und revisionistischen Ländern beweisen, wie Genosse ENVER HOXHA betont hat, daß das System der bürgerlichen Demokratie und der gesamte Apparat der Bourgeoisie Mittel der Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Werktätigen sind, um die Ausbeutung und die egoistischen bürgerlichen Interessen zu verteidigen.

DIE FASCHISIERUNG DES LEBENS IN DEN KAPITALISTISCHEN LÄNDERN - EIN AUSDRUCK DER POLITISCHEN GEWALT DER BOURGEOISIE ÜBER DIE WERKTÄTIGEN MASSEN

25.9.1976

(Von der Redaktion gekürzt)

In den kapitalistischen Ländern Europas treiben die faschistischen Parteien, Gruppen und Banden jeden Tag frecher ihr Unwesen. Es gibt eine legale Aktivität solcher faschistischer Parteien, die jenen ähnlich sind, die vor dem 2. Weltkrieg gewirkt haben. Es handelt sich also nur um eine Namensänderung. Das Ziel bleibt dasselbe: Wiederherstellung des Faschismus, um die verfaulte kapitalistische Ordnung zu retten.

Dies beweist nicht nur die Aktivierung der Faschisten in einzelnen kapitalistischen Ländern, sondern auch die unter den Faschisten verschiedener Länder abgestimmte Tätigkeit, die von einer Zusammenarbeit zwischen der Monopolbourgeoisie in diesen Ländern zeugt, um den Faschismus als Waffe zur Unterdrückung des Kampfes der Arbeiterklasse zu benutzen.

Unlängst versammelten sich in Würzburg in Westdeutschland etwa 300 ehemalige SS-Soldaten aus Westdeutschland, Frankreich, Norwegen, Holland, Belgien und Österreich, die an den Verbrechen der Nazis im 2. Weltkrieg beteiligt waren. Trotz des machtvollen Protestes der Bevölkerung, um dieses Treffen zu verhindern, schufen ihnen die Behörden der Stadt Würzburg alle Bedingungen, um ihre faschistische Tätigkeit in dieser Stadt reibungslos abwickeln zu können.

Laut offiziellen Angaben wurden im vergangenen Jahr in Westdeutschland 148 nazistische Parteien und Organisationen oder um 28 % mehr als 1974 gezählt. Diesen Organisationen gehören etwa 20 000 Personen an, darunter 11 000 Mitglieder der westdeutschen Neonazipartei NPD. Diese Organisationen veröffentlichen 121 Organe in einer Auflage von 228 000 Exemplaren.

Die Wiederbelebung der faschistischen Tätigkeit zeigt klar die immer stärkere Aktivierung der nazifaschistischen Organisationen in allen Ländern, wo das Kapital herrscht, und unter den Bedingungen des sich verschärfenden Klassenkampfes. Die Bourgeoisie bedient sich des Neofaschismus als einer Reserveabteilung gegen die Arbeiterklasse zu einer Zeit, da die wirtschaftliche und politische Krise der kapitalistischen Welt sich außerordentlich vertieft hat.

WARUM WEIGERT SICH BUNDESDEUTSCHLAND, DIE KRIEGSREPARATIONEN ZU BEZAHLEN? (Aus: "Zeri i Popullit") 23.4.1976

Demnächst, schreibt die Zeitung, sind es 31 Jahre seit dem Sieg der Völker über den Faschismus und der Zerschlagung Hitlerdeutschlands, seit der Beendigung des 2. Weltkriegs. Doch bis heute hat die Deutsche Bundesrepublik, Nachfolger der westlichen Besatzungszone Deutschlands, noch nicht die Reparationen beglichen, die es der Volksrepublik Albanien schuldet.

Die albanische Regierung hat die Aufmerksamkeit darauf gelenkt und gefordert, daß Bundesdeutschland unverzüglich die Reparationen für die von den deutschen Aggressionsarmeen angerichteten Schäden und die Verluste bezahlt, die daraus entstanden sind, daß sie nicht rechtzeitig geleistet wurden.

Diejenigen jedoch, die das heutige Deutschland leiten, die Schmidt und Strauß, die Sozialdemokraten und Liberalen, die Christdemokraten und Christlich-Sozialen versuchen, sich der vollen Verantwortung zu entziehen, die sie trifft, um die Folgen der Verbrechen zu beheben, die die faschistischen

deutschen Armeen am albanischen Volk während des 2. Weltkriegs verübt haben. Mit Manövern, Bluffs und erdichteten juristischen Vorwänden behaupten sie, die Klauseln des sogenannten Londoner Abkommens würden sie angeblich hindern, die Reparationen zu bezahlen.

Den Herrschern Bundesdeutschlands mag es gefallen, ein kurzes Gedächtnis zu haben, und nach Rechtfertigungen zu suchen, die weder in der Praxis noch im Völkerrecht irgendeine Grundlage haben.

. Mit solchen Taschenspielertricks können sie als besiegter
. Staat und Urheber zahlloser Verwüstungen und Leiden, die
. sie anderen Völkern zugefügt haben, den internationalen
. Verpflichtungen nicht entrinnen.

Die Verantwortung Deutschlands, die Kriegsschäden zu bezahlen, ist klar und richtig durch die Potsdamer Abkommen festgelegt. Darin wird betont, daß Deutschland verpflichtet werden muß, die Schäden und Leiden wieder gutzumachen, die es verschiedenen Nationen zugefügt hat. Die Pariser Konferenz über Reparationen für Kriegsschäden, die November/ Dezember 1945 stattfand, und an der auch Albanien teilnahm, erkannte unserem Land das Recht auf Reparationen zu. Die Forderungen Albaniens nach Kriegsentschädigung wurden allerdings nicht im erforderlichen Maß berücksichtigt. Gegen diese flagrante Ungerechtigkeit der imperialistischen Großmächte haben wir bereits damals mit Nachdruck entschiedenen und berechtigten Widerspruch eingelegt sowie uns vorbehalten, auf dieses Problem wieder zurückzukommen.

. Das Recht Albaniens auf Reparation beruht auf dem Kampf
. des albanischen Volkes gegen den deutschen Faschismus,
. auf seinem Blut, seinen zahllosen Opfern und Leiden.
. Albanien gehörte zu den ersten Opfern der faschistischen
. Aggression und war einer der Kämpfer der ersten Stunde
. gegen die nazifaschistischen Armeen bis zum letzten Au-
. genblick ihrer Zerschlagung. Im Verhältnis zur Bevölkerungs-
. zahl und der Größe des Territoriums waren die Schäden,
. die unser Land an Menschen und kulturellen Werten erlitt,
. schwerer als die zahlreicher anderer Staaten.

Das Londoner Abkommen, auf das sich die Bundesregierung beruft, hat keinerlei Gesetzeskraft für unser Land und nichts mit den Reparationen zu tun, die Deutschland verpflichtet ist Albanien zu bezahlen. Das albanische Volk erkennt Abkommen und Beschlüsse der imperialistischen Mächte und jegliches Abkommen nicht an, das ohne seine Teilnahme, ohne seine Zustimmung und zu seinem Schaden zustande kommt.

Es ist hervorzuheben, daß auch die Bonner Regierung selbst, die behauptet, das Londoner Abkommen verbiete ihr angeblich, die Reparationen zu bezahlen, in der Praxis ihm entgegenhandelt. Wie und wem es Reparationen geleistet hat, können und werden wir mit Dokumenten sagen, wenn es notwendig ist. Die Herrscher Bundesdeutschlands, die ihren Verpflichtungen entkommen möchten, verbreiten, die Forderungen der Volksrepublik Albanien seien angeblich zu groß. Sie sind groß, denn auch die Schäden waren es. Albanien ist bereit, sie zu belegen und zu begründen. In erster Linie muß die Bonner Regierung akzeptieren, den Schadenersatz zu bezahlen, und es darf sich nicht auf das Londoner Abkommen als eine Recht-

fertigung berufen, um diese Angelegenheit als abgeschlossen zu betrachten.

Albanien, betont die Zeitung "Zeri i Popullit", wird seine Rechte bis ins einzelne und bis zuletzt fordern. Wir werden nicht aufhören, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wegen dieser ihrer unrechtmäßigen und feindlichen Handlungsweise und Haltung zu brandmarken.

Die starrsinnige Haltung Bundesdeutschlands, mit der es sich weigert, den Albanien geschuldeten Schadensersatz zu zahlen, ist nicht losgelöst von seinem allgemeinen politischen Kurs, den es seit seiner Entstehung verfolgt, von seinen Bemühungen, erneut eine Großmacht zu werden mit weltweiten Ausmaßen wie zur Kaiser- und Hitlerzeit. Diese Haltung ist Ausdruck der Feindschaft, die es gegenüber jenen Ländern und Völkern hegt, die sich nicht mit dem Revanchismus und Faschismus abfinden, die nicht davon ablassen, die Gefahr der Wiederbelebung des deutschen Militarismus zu entlarven. Der deutsche Imperialismus ist kein Gespenst, das der Vergangenheit angehört. Zunächst mit Hilfe der USA und später mit der Hilfe der revisionistischen Sowjetunion erhielt der preussische Adler nicht nur Federn, sondern auch Flügel.

Heute tritt Bundesdeutschland, das aus der Rivalität der Supermächte profitiert, von denen jede versucht, es auf ihre Seite zu ziehen, indem sie ihm ein Zugeständnis nach dem anderen machen, auf die Bühne der Geschichte, ohne einen Friedensvertrag unterzeichnet zu haben, ohne die Beschlüsse von Jalta und Potsdam zu befolgen und indem sie es verletzt.

Anstatt gegenüber Bundesdeutschland als Verantwortlichem für seine Vergangenheit, die von den bekannten internationalen Abkommen vorgesehenen Zwangs- und Restriktionsmaßnahmen anzuwenden, versuchten und versuchen die USA und die revisionistische Sowjetunion nicht nur, es von jeder Verpflichtung zu befreien, sondern auch es zu rehabilitieren und als einen friedliebenden und fortschrittlichen Staat aufzupolieren. Damit arbeiten die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten bewußt darauf hin, den revolutionären, antifaschistischen und demokratischen Teil des deutschen Volkes zu schwächen. Sie stellten den herrschenden Bonner Kreisen ein politisches Leumundszeugnis aus und ermuntern deren reaktionären, revanchistischen, expansionistischen Appetit.

Es ist eine Tatsache, daß Bundesdeutschland heute immer nachdrücklicher versucht, seinen Willen den westeuropäischen Verbündeten aufzuzwingen, sie zu schwächen und ihnen ernste Schwierigkeiten zu bereiten, als vorherrschende Macht der europäischen Neun aufzutreten und sich offen die führende Rolle in der Europäischen Gemeinschaft anzumaßen und den alten Traum des deutschen Faschismus vom Lebensraum, von der besonderen Sendung in der Welt, von der Wiederherstellung Deutschlands in seinen historischen Grenzen anzustacheln.

Was die Volksrepublik Albanien betrifft, so wird sie wie bisher fortfahren, zu verlangen und dafür zu kämpfen, daß Bundesdeutschland seinen aus den internationalen Abkommen der Kriegszeit sich ableitenden Verpflichtungen als besiegter Staat nachkommt.

Sie wird besonders dafür kämpfen, daß die Deutsche Bundesrepublik die Reparationen bezahlt. Wenn die Bonner Regierung keine positive Antwort gibt und es nicht akzeptiert, die Reparationen zu bezahlen, werden wir nicht aufhören, sie wegen dieser unrechtmäßigen und feindlichen Akte zu brandmarken. Genosse ENVER HOXHA sagte in seiner Rede vom 3.Oktober 1974 in Bezug auf die unrechtmäßige und feindliche Haltung der Regierung Englands bei der Plünderung des Goldes, und der Bonner Regierung bei den Schulden, die es Albanien als Kriegsschadensersatz verpflichtet ist zu zahlen:



================================
Albanische Partisanen-Veteranen die vor 33 Jahren Albanien vom Hitlerfaschismus befreiten.
================================

> "Erwartet man vielleicht daß wir vor diesen Regierungen, die uns soviel übles und soviel Ungerechtigkeiten zugefügt haben, zu Kreuze kriechen und auf die Knie fallen? Nie und nimmer! Sie irren sich."

Wir achten jene Deutschen und Demokraten, die sich von der Vergangenheit lösen und sie wiedergutmachen wollen, aber nicht die Faschisten, nicht die Schmidt und Strauß, die sich weigern, den Schaden zu bezahlen, den sie Albanien schulden, und den sie unverzüglich bezahlen müssen. Das ist unser unleugbares und unverjährbares Recht, schließt "Zeri i Popullit", und in dieser Frage hatte und hat das albanische Volk die Unterstützung der gesamten fortschrittlichen Weltöffentlichkeit.

WICHTIGE NEUERSCHEINUNG !

Soeben ist im Verlag "ROTE FAHNE", der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ), die österreichische Ausgabe des besonders wichtigen Bandes 19 (Auswahl) der Werke ENVER HOXHAS ("Der Kampf der PdAA gegen den Chruschtschow-Revisionismus") erschienen !

ENVER HOXHA

Der Kampf der Partei der Arbeit Albaniens gegen den Chruschtschow-Revisionismus

Aus dem 19. Band der Werke Enver Hoxhas

Wien 1977

Die österreichische Ausgabe, die auch in Westdeutschland und Westberlin lieferbar ist, kostet bei 354 Seiten

NUR 7,5o DM (bei Einzelbestellung + Porto)
NUR 6,oo DM (bei lo Exemplaren + Porto)

Zu bestellen in Westdeutschland bei: Walter Hofmann, Homburger Landstr. 52, 6ooo Frankfurt/Main

In Westberlin bei: E.H. Karge, Görlitzerstr.68, 1ooo Westberlin 36

ENVER HOXHA

BERICHT AN DEN 7. PARTEITAG DER PAA

Auf Beschluß des ZK der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ) erscheint der vollständige Text des Berichts vom 1. Sekretär der PdAA, ENVER HOXHA, auf dem 7. Parteitag der PdAA, im Verlag "ROTE FAHNE".

Alle marxistisch-leninistische Literatur - und Zeitschriften sind zu bestellen bei folgenden Vertriebsstellen :

ZENTRALER LITERATURDIENST
1151 WIEN POSTFACH 82

WALTER HOFMANN D 6 (BRD)
FRANKFURT/MAIN
HOMBURGER LANDSTRASSE 52

E. H. KARGE
1000 WESTBERLIN 36
Görlitzerstr.68

Eigentümer, Herausgeber, Verleger sowie für Druck und Inhalt verantwortlich:
Gertrude Strobl, 1150 Wien, Goldschlagstraße 30/33